

Ausgleichszahlungen für den Erhalt kommunaler Tropenwälder im Amazonasraum

CBC II

Ausgangssituation

In der Amazonasregion Perus gibt es etwa 65 Millionen Hektar Tropenwald. Über zwölf Millionen Hektar davon gehören über offizielle Landtitel rund 1.500 indigenen Gemeinden. Die Bevölkerung lebt zum großen Teil unter der Armutsgrenze. Um ihr Überleben zu sichern, greifen viele Bewohner auf nicht nachhaltige Bewirtschaftungsformen zurück. Die zunehmende Erschließung durch Straßen, der illegale Holzeinschlag, der Goldbergbau oder Umwandlung von Wald in Agrarflächen gefährden mehr und mehr die biologische Vielfalt und damit auch die Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung.

Um den Waldschutz der indigenen Territorien und weiterer Waldflächen zu stärken, hat das peruanische Umweltministerium im Jahr 2011 das Nationale Tropenwaldschutzprogramm ins Leben gerufen. Das Programm leistet einen direkten Beitrag zur Nationalen Klimaschutzstrategie.

Ziel

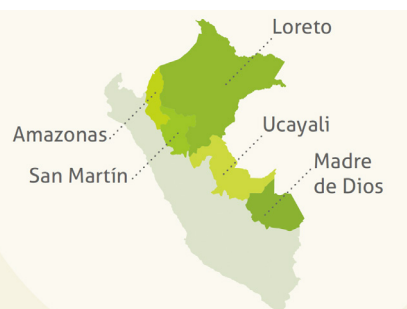
Im Rahmen des Nationalen Tropenwaldprogramms entwickelt das peruanische Umweltministerium Ausgleichszahlungen weiter und dezentralisiert diese. Die Ausgleichszahlungen schützen insbesondere Wälder von indigenen Gemeinden.

Projektname	Dezentralisierung des peruanischen Tropenwaldschutzprogramms (CBC II)
Auftraggeber	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI)
Projektgebiet	Peru
Politischer Träger	Umweltministerium (Ministerio del Ambiente - MINAM)
Gesamtlaufzeit	01/2014 bis 02/2018

Vorgehensweise

Die GIZ entwickelt gemeinsam mit dem Nationalen Tropenwaldprogramm ein effektives Verfahren für Ausgleichszahlungen in den Regionalregierungen. Dazu werden Projekte gefördert, mit denen die indigene Bevölkerung den Wald nachhaltig nutzen und schützen kann. Die Regionalregierungen verfügen mit den Ausgleichszahlungen über ein innovatives Instrument zum Waldschutz indigener Territorien. Gleichzeitig verbessern die Ausgleichszahlungen die Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung.

Die GIZ unterstützt die Verantwortlichen in den Regionalregierungen mit Fortbildungen bei der Dezentralisierung und Anpassung nationaler Konzepte und Ideen an die regionalen Gegebenheiten. Zum Beispiel wird vermittelt, wie sie mit den



Links: Zusammenarbeit mit Familien der indigenen Gemeinde Villa Gonzalo, Amazonas..

Rechts: Amazonas - Regionen, in denen das Vorhaben tätig ist.

Ausgleichszahlungen Projekte initiieren und begleiten oder die Umwandlung von Wald in andere Nutzungsarten (Entwaldung) überwachen können. Ein weiterer Schwerpunkt der Fortbildungen sind Informationen zu alternativen Finanzierungsquellen, um die Arbeit der Regionalregierungen langfristig sicherzustellen. In Pilotmaßnahmen in den Regionen San Martín, Loreto, Ucayali, Amazonas und Madre Dios werden institutionelle Grundlagen gelegt.

Wirkungen

Das Vorhaben setzt die von 2010 bis 2014 entwickelte Politik für Ausgleichszahlungen zum Schutz von indigenen Gemeindewäldern im Amazonasgebiet um.

Bereits fünf Regionalregierungen haben die Ausgleichszahlungen institutionalisiert. Die Unterstützung des Planungsministeriums Perus erarbeiteten regionalen Entwicklungspläne berücksichtigen die Instrumente zum Waldschutz. Darüber hinaus wurden gemeinsam mit dem peruanischen Umweltministerium Finanzierungsmodalitäten entwickelt.

188 indigene Gemeinden konnten bisher erfasst werden; mehr als 1.800.000 Hektar Tropenwald wurden unter Schutz gestellt. Die indigenen Familien profitieren von den Ausgleichszahlungen und konnten ihr Einkommen sowie ihre Lebensgrundlage verbessern, ohne ihre Wälder zu gefährden.

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

Dezentralisierung des peruanischen
Tropenwaldschutzprogramms
Av. 2 de Mayo 1545
San Isidro, Lima 15076, Peru
T +51 (1) 422 4218 / 222 3534
cbc@giz.de
www.giz.de

Autor Paul-Gregor Fischenich

Stand Januar 2018

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Das Projekt ist Teil der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI). Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) fördert die Initiative aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Postanschrift der BMUB
BMUB
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044

service@bmub.bund.de
www.bmub.bund.de